

Klaus P. Japp

ZUR HEIMLICHEN RISIKOSELEKTION DER NEUEN SOZIALEN BEWEGUNGEN

Alle Welt geht wie selbstverständlich davon aus, daß die neuen sozialen Bewegungen (nsB) *intentional* ganz bestimmte politische Ziele verfolgen. Ich werde im folgenden zu zeigen versuchen, daß sowohl die Intentionalität als auch die Ziele — zumindest des explizit politisch orientierten Teils der nsB — Nebenprodukt einer tiefer liegenden Problemlösung sind. Es handelt sich um das Problem, in einer funktional differenzierten, mit einer sich immer rascher heterogenisierenden Sozialstruktur ausgestatteten Gesellschaft, noch kollektiv verbindlich Lebenschancen kommunizieren zu können. Dieses Problem muß jede soziale Bewegung lösen — einfach, um ihre kollektive Handlungsfähigkeit durch ein geteiltes Weltbild stützen zu können. Die Schwierigkeit, dieses Problem lösen zu können, dokumentiert nur das Generalrisiko der individuellen Lebensführung in modernen Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund wird die Risikoselektion der nsB zur verheimlichten Metapher für die *Nicht-Kommunikabilität* kollektiver Lebenschancen.

Angemerkt sei noch, daß ich im folgenden nur die Teile der nsB thematisiere, die sich mit technisch-ökologischen Risiken auseinandersetzen (Anti-Kernkraft-, Ökologie- und Friedensbewegung).

I. Lebenschancen

Was sind Lebenschancen? Der Begriff, so kompakt wie er ist, deutet auf mehrere Problemdimensionen hin, die mit seiner Hilfe näher zu bestimmen sind. Zum einen geht es sicherlich um Identität — durch soziale *Zugehörigkeit* etwa. Des weiteren spielen Zukunftserwartungen eine Rolle — im Hinblick auf möglichst selbstgewählte *Arbeitsformen* vor allem. Und schließlich (der Katalog ist sicherlich verkürzt) geht es um — für die ‚neue Mittelklasse‘ besonders wichtige — Kriterien der Selbstentfaltung — im Hinblick auf den *Lebensstil*, den zu wählen man geneigt ist.

Nach allem, was (nicht nur unter Soziologen) darüber gesagt worden ist, ist als mindestes festzuhalten: Keines dieser drei Merkmale von Lebenschancen ist — entgegen den Verkündern der postmodernen Gesellschaft — durch soziale Konventionen (geschweige denn: Institutionen) gedeckt. *Einerseits*: Welche

sozialen Zugehörigkeiten (Milieu/Schicht) identitätsstiftend wirken, hängt heute weitgehend von *wohlfahrtsstaatlich* ermöglichten Mobilitätszwängen ab. Welche selbstgewählten Arbeitsformen (vom sog. informellen Sektor einmal abgesehen) heute noch möglich sind, hängt größtenteils von den noch verbleibenden Lücken eines schrumpfenden *Arbeitsmarktes* ab. Und dem Wunsch nach einem selbstgewählten Lebensstil setzen nicht nur die zwei bereits genannten ‚Faktoren‘ Grenzen, sondern vor allem der *industrielle Modernisierungsdruck* (AKWs, Startbahnen, ‚Entsorgungsparks‘, Hightech-Dorados, Teststrecken, Rüstungspools, Stadtautobahnen, u. a. m.: Stryk/Wiesenthal 1987). In allen drei Hinsichten sieht sich der Einzelne von Zwängen umstellt, die den Begriff ‚Lebenschancen‘ in ein eigentümliches Zwielficht rücken.

Andererseits: Mit der Auflösung kollektiver Zugehörigkeiten wächst die Chance, ‚jenseits von Klasse und Schicht‘ (Beck 1986) zu leben. Soziale Zugehörigkeiten werden als *wählbar* erlebt. Gleichzeitig scheinen sozialstaatliche Absicherungen und ein weiterhin expandierender Weiterbildungssektor die *Wählbarkeit* von Arbeitsformen zu ermöglichen. Und schließlich wachsen mit der Erosion traditioneller Sozialgefüge (Familie!) die Formen *wählbarer* Lebensstile.

Auf der einen Seite Zwänge, auf der anderen Kontingenz. Wie paßt das zusammen? Auf den ersten Blick gar nicht. Ebenso wenig wie die theoretischen Ansätze, die sich auf diese zwei Seiten doch wohl einer Medaille projizieren lassen.

Von Ralf Dahrendorf stammt ein Konzept von ‚Lebenschancen‘ (1979), welches diese in Optionen und Ligaturen zerlegt. Unter modernen Bedingungen unterliegen die letzteren einer Tendenz zur Erosion — Optionen dagegen einer Tendenz zum Wachstum ohne soziokulturelle ‚Einbindung‘ (S. 66). Gerade der Zerfall von Ligaturen (Geschichte, Heimat, Familie) ist es ja, der die Vermehrung von Wahlmöglichkeiten in eine ‚leere Modernität‘ entläßt.

Dieser Position stehen Ansätze gegenüber, die die Einschränkung individueller Wahlmöglichkeiten durch Modernisierungsprozesse mit weitreichenden und einschneidenden sozialen Folgen (von der Kernenergie über Kommunikationstechnologien bis hin zur Lebensmittelchemie) hervorheben. James Coleman etwa (1986) spitzt diese Tendenz auf eine zunehmende Betroffenheit von den Entscheidungen korporativer Akteure zu, denen die individuellen Akteure in den allermeisten Fällen nichts entgegenzusetzen haben. Wiederum auf den ersten Blick schließen sich solche Theoriekonzepte wechselseitig aus. Andererseits verarbeiten beide Evidenzen, die schlechterdings nicht wegzuleugnen sind.

Also fehlt ein *drittes* Konzept, mit dem sich die aufgetretene Unvereinbarkeit vielleicht beseitigen läßt.

II. Risikouniversalismus

Diese dritte Konzept soll hier mit dem Begriff des Risikos und (in der Folge) mit dem des ‚Risikouniversalismus‘ gekennzeichnet werden.

Wenn Risiko auf die Ungewißheit der Folgen einer Entscheidung bezogen wird (Luhmann 1986), dann lassen sich die modernisierungsbedingten *constraints* (z. B. der Bau einer Stadtautobahn) als Ungewißheitsquelle für individuelle Entscheidungen (der Wohnortwahl z. B.) begreifen. Wahlmöglichkeiten werden dadurch nicht etwa annulliert, sondern das in sie eingebaute Risiko

markiert. Die moralisch-sittlich entkoppelten Durch- und Eingriffsmöglichkeiten moderner Rationalisierungsprozesse (Habermas 1981, 2. Bd.) und die zumindest einer starken Tendenz zu solcher Entkoppelung unterliegenden Wahlmöglichkeiten der Individuen (Dahrendorf: Ligaturen!) können dann im Konzept des Risikos aufeinander bezogen werden.

Bevor das hier weiter ausgeführt wird, soll noch kurz auf eine mögliche Weiterung der Risikokonzeption aufmerksam gemacht werden, die dann allerdings *nicht* weiterverfolgt wird. Unter dem Gesichtspunkt der Kontingenz allen Entscheidens wird *jede* Entscheidung allein schon dadurch zum Risiko, daß sie eine Alternative fixiert. Die Ungewißheit, ob *andere* Alternativen nicht vorzuziehen gewesen wären, wird gerade durch die Aktualisierung *einer* bestimmten Alternative manifest. Das käme einer Universalisierung der Konzeption von Dahrendorf gleich, derzufolge eben alles individuelle Entscheiden einen offenen, quasi-unabschließbaren Horizont dann ausgeschlossener Alternativen geradezu konturiert — und so zum Risiko wird. Diese Argumentationsform leitet in anomietheoretische Fragestellung über (Dahrendorf, *ibid.*), die hier zugunsten eher technisch-modernisierungsbedingten Entscheidungsrisiken nicht weiter verfolgt werden sollen (vgl. Japp 1986). Der damit gemeinte Risikotyp läßt sich vielleicht am besten in der Anwendung der Differenz von Risiko und Gefahr (Luhmann 1986) auf technisch-ökologische Modernisierungsrisiken (Beck 1986) erläutern. Zunächst einmal sollte deutlich sein, daß keine selbstgewählten Gefahren vom Risikotyp Rauchen gemeint sind, sondern Gefahren ‚double standard‘, die auf Drittbetroffene zukommen — und zwar auf dem Wege eines Risikooktroy korporativer Akteure (i. S. v. Coleman). Dieser Risikotyp ist Beck zufolge ‚universalistisch‘. In zeitlicher Hinsicht neigt er zu Irreversibilitäten (Kernenergie), in sachlicher zu Interdependenz (Waldsterben und Automobilismus und Kohlekraftwerke, usw.), in sozialer Hinsicht ist er inklusiv (Schadstoffe in Nahrungsmittelketten erreichen jeden). Wenn das richtig ist, können die ‚korporativen Akteure‘ Risiken nur noch vermeiden um den Preis eines anderen, und die ‚individuellen Akteure‘ können einer Gefahr nur um den Preis des Risikos einer anderen Gefahr entgehen. Etwa wie jene Großstadt-Amerikaner, die der Gefahr des offenen Straßenüberfalls entgehen, indem sie sich für den Vorstadt-exit entscheiden, dort — natürlich ungewollt — zur Spezialisierung auf Einbruchsdiebstähle beitragen, über erneute exits entscheiden, auf diesem Wege verstärkt die Risiken der Verkehrssysteme zum und vom Arbeitsplatz eingehen usw., usw. (Boudon 1979).

Dieser universalistischen Tendenz der Risikostruktur moderner Gesellschaften zu Irreversibilität, Interdependenz und Inklusivität sind viele Mitglieder der ‚risk assessment-community‘ gefolgt, indem sie sich zunehmend von rationalistischen (cost-benefit-) Bewertungsverfahren distanzieren und den Möglichkeiten von ‚risk-coping-abilities‘ zugewandt haben (Clark 1980).

Diese Entwicklung soll hier gar nicht weiter untersucht werden, sie soll nur eines deutlich machen: Risiken lassen sich nicht bündeln, aggregieren und sortieren wie z. B. Einkommensverteilungen in einzelnen Berufen, Branchen und Sektoren der Volkswirtschaft.

Wenn man dieser Argumentation folgen will, kommt man zwangsläufig zu einem ernüchternden Befund, was das Thema individueller (und auch kollektiver) Lebenschancen anbelangt. Welche Optionen eher reduziert werden sollten (die auf agrikulturelle Chemie? die auf Gentechnologie oder die auf Nahrungsmittelchemie oder vielleicht alle?) und welche Ligaturen eher gestärkt

werden sollten (Großfamilien, Kleinfamilien, Wohngemeinschaften, Sportvereine?) — um den Andeutungen Dahrendorfs zu folgen —, das kann nicht Gegenstand verallgemeinerbarer Kollektivinteressen sein, sondern höchstens Gegenstand von partikularen Interessen, weil diese *selektive* Kriterien haben, welche Risiken *ihre* ‚Lebenschancen‘ erhöhen und welche nicht (vom Staat wird in diesem Zusammenhang abgesehen: es geht nur um soziale Bewegungen).

Ebensowenig scheint es möglich zu sein — Coleman folgend — in einem rationalen (verallgemeinerbaren) Sinne darüber zu entscheiden, welche korporativen Akteure es zurückzudrängen gilt: die chemiewirtschaftlichen Eliten?, die energiewirtschaftlichen?, molekular-technologisch orientierte Wissenschaftseliten? Die Spurensicherung in Risikokomplexen, die Irreversibilitäten, Interdependenz und Inklusivität erzeugen, ist in vielen (vielleicht allzu vielen) Hinsichten arbiträr (was nicht heißt, daß sie nicht weitergeführt und verbessert werden sollte).

Man kann diesen ganzen Mißhelligkeiten aus dem Wege gehen, indem man auf Einkommenssicherung und Familie pocht — aber das mögen immer weniger glauben, wenn neuerdings schon die — allerselbstverständlichste — Benutzung von Zahnpasta sich als Risiko für die Zähne herausstellt. Unter dem Druck universalistischer Risikostrukturen sind Lebenschancen nicht mehr über *exklusive* Konfliktorientierungen auf einzelne Systeme (‚Industriekapitalismus‘), Funktionseliten, Großtechnologien oder gar Produktgruppen verbesserbar. Trotz aller gebotenen Wachsamkeit in diesen Hinsichten bliebe es dabei, daß die — typisch moderne — Wählbarkeit von Optionen (und auch von Ligaturen) nicht von technisch-ökologischen (und deren sozialen) Folgerisiken loskommt — es sei denn um den Preis des ‚total-exit‘. Aber dieser birgt das Risiko, daß man dann bald gar nicht mehr wählen kann (z. B. in der Idylle eines kretischen Bergdorfes).

III. Kollektive Handlungsfähigkeit

Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß alle sozialen Bewegungen, seien sie nun utopischer, revolutionärer, reformistischer oder gänzlich pragmatischer Couleur, sich die Verbesserung gesellschaftlicher, i. e. S. kollektiver Lebenschancen zum Ziel gesetzt haben bzw. es noch tun. Deutliche Beispiele dafür sind Forderungen nach gesellschaftlicher Kontrolle der Produktionsmittel (Arbeiterbewegung) oder der Kampf um Rechtsgleichheit durch Bürgerrechtsbewegungen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um den Versuch, Zugriff auf systemspezifisch abgrenzbare Optionen (z. B. ökonomische Kontrollrechte, politische Wahlrechte, etc.) für in dieser Hinsicht benachteiligte Kollektive zu erlangen. Eine solche auf kollektive Lebenschancen bezogene Programmformel ist nun nicht ‚an und für sich‘ wünschenswert und nützlich, sondern sie leistet unersetzliche Dienste für die Konstitution kollektiver Handlungsfähigkeit sozialer Bewegungen. Kollektive Handlungsfähigkeit ergibt sich (weder für eine Gruppe, noch für eine soziale Bewegung, noch für eine formale Organisation) nicht aus einer Kollektivrealität *sui generis* und auch nicht aus soziologisch-juristischen Phantombeschreibungen (Teubner 1987). Sie ergibt sich vielmehr als *Zurechnung* von Kommunikationen auf das Handlungssystem

„soziale Bewegung“. Wird diese Zurechnung im System operativ verwendet, dann konsolidiert sich kollektive Handlungsfähigkeit durch alle an diese Zurechnung anschließenden Kommunikationen bzw. Handlungen.

Bevor es aber zu einer derartigen Zurechnung kommt, muß das Handlungssystem sich erst einmal selber konstituieren, d. h. es müssen Grenzen zur Umwelt (Systemgrenzen) und kollektive Identität (Systemstruktur) gebildet und aufeinander bezogen werden. Sonst liefe die Zurechnung leer: Auf was sollte zugerechnet werden? Die Programmformel ‚Lebenschancen‘ bietet nun unter bestimmten sozialstrukturellen Bedingungen die Möglichkeit, eine soziale Bewegung zu konstituieren, indem entsprechende Systemgrenzen und -strukturen gebildet werden. Am Beispiel der Arbeiterbewegung: Wenn es ein hinreichend exklusives sozialstrukturelles Optionsdefizit (Produktionsmittelkontrolle zuallererst) gibt, dann läßt sich dieses Defizit als System-Umweltgrenze (bzw. -differenz) kommunizieren.

Wenn es andererseits ein mobilisierbares Kollektiv gibt, dessen Zukunftserwartungen sich an jenem Defizit ausrichten lassen, dann können diese zur kommunikativen Struktur (zur Identität) des Handlungssystems werden. Welchen politischen Konjunkturen diese Systemelemente auch immer ausgesetzt sein mögen, sie ermöglichen prinzipiell eine sich selbst konsolidierende kollektive Handlungsfähigkeit durch Zurechnung auf das System.

Es dürfte wohl deutlich sein, daß diese Ausführungen ihren Zweck darin haben, das Besondere an den *neuen* sozialen Bewegungen zu exponieren.

Diese stehen ganz augenscheinlich (vgl. Abschnitt I/II) vor dem eigentümlichen Problem, wie andere soziale Bewegungen auch, ihre kollektive Handlungsfähigkeit unter Bezug auf die ‚Verbesserung‘ von Lebenschancen sichern zu müssen — andererseits aber mit einer Sozialstruktur konfrontiert zu sein, die keine konsistenten Bezugspunkte für defizitäre Lebenschancen (kollektive Deprivationen) zuläßt. Um es kurz zu sagen: Es gibt keine exklusiven Optionsungleichgewichte und exklusive Kollektive, die für Ausgleich zu sorgen bereit wären. Gerade der Arbeitsmarkt (in den westlichen Industrieländern) zeigt das in aller Deutlichkeit: Wenn es Optionsungleichgewichte (im Hinblick auf Arbeit) gibt, so werden kollektive Handlungspotentiale durch eine wohlfahrtsstaatlich eingerahmte Gewerkschaftspolitik erfolgreich eingekapselt (Vobruba 1983).

Das Problem, auf das die Programmformel ‚Lebenschancen‘ beim Stand der Dinge bezogen werden müßte, wäre die modernisierungsbedingte Umwandlung (s. oben) von generell *wachsenden* Handlungsoptionen in *Risikooptionen*. Damit ist der bereits thematisierte Sachverhalt gemeint, daß Optionen mit der Ungewißheit belastet sind und weiter werden, wann, wie und wo sie durch technologische Innovationsschübe und/oder deren Folgen wieder aufgehoben werden (von der Berufswahl über die Wohnortwahl bis zur Wahl des Urlaubsortes ist alles inbegriffen).

Dieses universelle ‚Problem‘ zum Gegenstand strategischer Interessen an Lebenschancen zu machen, hieße, die Gesellschaft von Ungewißheit auf Gewißheit umstellen, d. h. sie auf einen vormodernen Zustand zurückdrängen zu wollen. Die Absurdität eines solchen Unterfangens leuchtet unmittelbar ein und wirft zugleich ein Licht auf den Umstand, daß die *neuen* sozialen Bewegungen keine strategischen Anhaltspunkte für kollektiv gesteigerte Le-

benschancen *jenseits* der gegebenen modernen Gesellschaftsformation haben (und auch ‚die Grünen‘ nicht).

Wieso können sie dann aber trotzdem ein mehr oder minder stabiles Handlungssystem ausbilden, obwohl dort, wo ihre Vorgänger kollektive Lebenschancen in systemverändernder oder gar -transformierender Absicht definieren konnten, sich heute nur noch schwarze Kästen zeigen?

IV. Risikoselektion

Zunächst einmal ist davon auszugehen, daß die nsB sich als Handlungssystem (wie jedes andere auch) nicht — jedenfalls nicht allein — durch langwierige Diskurse konstituieren können. Kommunikativ erzielter Konsens ist — gerade angesichts der skizzierten Tendenz zur sozialstrukturellen Heterogenisierung von ‚Betroffenheit‘ — ein zu anspruchsvolles Mittel zur Organisation kollektiver Handlungsfähigkeit. Ein Handlungssystem wie die nsB muß sich gegenüber anderen Systemen in seiner Umwelt behaupten können. Es gerät deshalb unter Selektionsdruck im Hinblick auf kommunikative Grenzziehung und Strukturbildung. Dabei kann man die (nicht weiter verwunderliche) Tendenz unterstellen, daß unter Selektionsdruck diejenigen Deutungen Selektionsvorteile haben, die zeitlich gesehen naheliegen, sachlich gesehen wenig begründungsbedürftig erscheinen und sozial gesehen kommunikativ verbreitet sind.

Die für diesen Prozeß vor allem in frage kommenden ‚neuen Mittelschichten‘ tendieren dazu, kooperative Selbstbeschränkungsnormen für die Bildung kollektiver Identität in Anspruch zu nehmen. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines immer aussichtsloser werdenden (Hirsch 1980) und mit immer mehr Enttäuschungen verbundenen (Hirschman 1982) individualistischen Konkurrenzkampfes um zusätzliche Optionen. Aber diese Normen müssen auf etwas bezogen werden, sonst laufen sie leer. Und dieser Bezug wird hergestellt durch den zentralen Prozeß der *Risikokonversion*. Anstatt die black box irreversibler, interdependenter und inklusiver Risiken durch gesellschaftspolitische Transformationsstrategien zu attackieren, werden *spezifische*, für jedermann *deutliche* Risiken ausgewählt, auf die sich dann *Vermeidungsimperative* richten. Kernenergie, Waldsterben und Aufrüstung sind solche Risiken, auf deren Abwehr man sich einigen kann und die deshalb die Zurechnung kollektiver Handlungsfähigkeit ermöglichen. Eben das erlaubt die komplexe Risikostruktur moderner Gesellschaften gerade nicht. Man kann sie zwar thematisieren, aber nicht unter dem strategischen Aspekt kollektiver Handlungsfähigkeit. Dafür eignen sich besser jene ‚Stellvertreterrisiken‘, die gleichsam Metaphern für eine unbeherrschbare Risikostruktur der Gesellschaft sind. Was für ein Handlungssystem wie die nsB nicht ohne gravierende Verluste an kollektiver Handlungsfähigkeit komunizierbar ist, das kommuniziert es nicht. Was sie anstelle dessen kommunizieren, sind Risiken, deren Katastrophenpotential gewissermaßen über jeden Dissens erhaben ist. Dieser Dissens bräche ganz automatisch los, wenn jener Risikouniversalismus direkt zur strategischen Konfliktmasse gemacht würde, denn dieser erzeugt ja gerade heterogene, sich überschneidende, kaum zur Deckung zu bringende ‚Betroffenheiten‘.

Demgegenüber sorgt die Selektion solcher Risiken, deren Katastrophenpotential denkbar groß ist, dafür, daß der Dissens (darüber, ob das Risiko nicht doch einzugehen ist, weil ansonsten andere, zumindest ebenso große Risiken drohen etwa) innerhalb der nsB gering ist, gegenüber den gewählten Risikotypen aber maximal. So — und nur so — kommt man zu kollektiver Handlungsfähigkeit. Die Risikoselektion wird letztlich geführt durch Orientierung an der möglichen Katastrophe. Die Differenz von Risiko und Gefahr bzw. Katastrophe (Luhmann 1986) dient in diesem Zusammenhang ganz augenscheinlich einem Imperativ des Handlungssystem nsB: der Sicherung kollektiver Handlungsfähigkeit. Andererseits spiegelt sich in der Selektion der Risiken gleichsam (wie ein negatives Vexierbild) die Heterogenität und Diffusion sozialstrukturell verstellter Lebenschancen: es sind typischerweise solche Risiken, von denen unkontrollierbare Effekte mit irreversiblen Folgen erwartet werden: AKWs/ Gentechnologie/Wettrüsten/gestörte Ökosysteme. Insofern folgt die Risikoselektion der nsB auch den lebenspraktischen Verhältnissen ihrer sozialen Träger (vgl. Douglas/Wildavsky 1983) und nicht *nur* dem Imperativ kollektiver Handlungsfähigkeit. Etwas schärfer formuliert könnte man auch sagen, daß beide Aspekte im Handlungssystem nsB präsent sein müssen.

Aber nur für die Erzeugung kollektiver Handlungsfähigkeit ist jene Risikokonversion entscheidend wichtig. Wie kann man sich aber erklären, daß diese nicht *kollektiv durchschaut* und damit ihrer Funktion für den Systembildungsprozeß beraubt wird?

Dafür gibt es zumindest zwei Gründe. Einerseits verhindert die Katastrophenorientierung der nsB den reflexiven Durchgriff auf die konsensvereitelnde Struktur risikouniversalistischer Themen. Gefahren bzw. Katastrophen diktiert gleichsam nicht weiter begründungsbedürftige Vermeidungsimperative. Demgegenüber produziert Orientierung an Risiken immer *Ungewißheit* im Hinblick auf mögliche Risiken, die man eingeht, wenn man irgendein anderes beseitigt (AKWs oder Kohlekraftwerke?). Ungewißheit aber reduziert Handlungsbereitschaft durch höheren Aufwand an Reflexion. Insofern ist die Orientierung an Gefahren bzw. Katastrophen nicht nur eine erwartbare Reaktion derer, die von den Risikoentscheidungen anderer (korporativer Akteure) betroffen sind, sondern zugleich ein Mittel, jene Risikokonversion latent zu halten.

Es bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung, daß dieser ‚Verheimlichungsprozeß‘ nicht-intentional ablaufen *muß*. Da er sich aber auch nicht automatisch herstellt, wird man mit intuitiven Empfindlichkeiten und diskursiven Aufmerksamkeitsschwellen rechnen müssen, die auf der Grundlage einmal erreichter Übereinstimmungen als ‚abweichend‘ erscheinende Kommunikationen erschweren. Eine irgend absolute Stabilitätsgarantie ist das natürlich nicht.

Ein zweiter Mechanismus, der gewissermaßen vertiefend wirkt, liegt wieder auf der Ebene von Metaphern. Mary Douglas (1986) hat die These aufgestellt, daß Institutionen ihren Ursprung in sozialen Konventionen (deren Berechtigung man anzweifeln könnte) dadurch verbergen, daß sie natürliche Analogien in Anspruch nehmen. Etwas ähnliches tun die nsB auch, wenn sie die Metapher ‚natürlicher Gleichwichte‘ in Anspruch nehmen, um die ‚Unvertretbarkeit‘ technisch-ökologischer Risiken zu deklarieren.

Die (risikokonvertierten) Ansprüche der nsB an die *Gesellschaft* werden dann in einem Anspruch auf Erhaltung von *Natur* verankert, die eine reflexive Rückkehr in die soziale Struktur des Risikouniversalismus blockiert. Diesem

Zweck dient vermutlich auch die nicht selten zu beobachtende Indienstnahme der ‚Ökologie als Leitwissenschaft‘ (Trepl 1983) in den nsB. Inwiefern all diese heimlichen Prozeduren ein *wirksames* Mittel bilden, Widersprüche gegen risiko-universalistische Strukturen zu organisieren — das kann in *diesem* Argumentationsrahmen natürlich nicht beantwortet werden.

LITERATUR

- Beck, U., 1986: Risikogesellschaft, Frankfurt.
- Boudon, R., 1979: Widersprüche sozialen Handelns, Darmstadt/Neuwied.
- Clark, W. C., 1980: Witches, Floods, and Wonder Drugs: Historical Perspectives on Risk Management, in: Schwing, R. C./Albers, W. A. (Eds.), Societal Risk Assessment: How Safe is Safe Enough, New York.
- Coleman, J. S., 1986: Die asymmetrische Gesellschaft, Weinheim/Basel.
- Dahrendorf, R., 1979: Lebenschancen, Frankfurt.
- Douglas, M., 1986: How Institutions Think, London.
- Douglas, M., Wildavsky, A., 1983: Risk and Culture. Berkeley, et. al.
- Habermas, J., 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, 2. Bd., Frankfurt.
- Hirsch, F., 1980: Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek b. Hamburg.
- Hirschman, A. O., 1982: Shifting Involvements, Princeton, New York.
- Japp, K. P., 1986: Neue soziale Bewegungen und die Kontinuität der Moderne, in: Berger J. (Hg.), Die Moderne — Kontinuitäten und Zäsuren, Soziale Welt, Sonderband 4, Göttingen.
- Luhmann, N., 1986: Die Welt als Wille ohne Vorstellung. Sicherheit und Risiko aus der Sicht der Sozialwissenschaften, in: Die politische Meinung, H. 229.
- Stryk, T./Wiesenthal, H., 1987: Zwischen Identität und Modernität. Die Grünen in der Klemme, in: Kommune, 5. Jg., Nr. 9.
- Teubner, G., 1987: Hyperzyklus in Recht und Organisation. Zum Verhältnis von Selbstbeobachtung, Selbstkonstitution und Autopoiese, in: Haferkamp, H./Schmid, M. (Hg.), Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung, Frankfurt.
- Trepl, L., 1983: Ökologie — eine grüne Leitwissenschaft?, Kursbuch 74, Berlin.
- Vobruba, G., 1983: Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, Frankfurt.